

## Analyse

**Fritz Kuhn** Der neue Oberbürgermeister von Stuttgart personifiziert das grüne Erfolgsrezept. Von David Nauer, Berlin

# Er vereint Porsche und Bioladen

Die deutschen Grünen haben einen neuen Helden: Fritz Kuhn hat für die Ökopartei am Wochenende die erste Landeshauptstadt erobert. Der 57-Jährige wurde mit einem Glanzresultat zum Oberbürgermeister von Stuttgart gewählt. Die grüne Revolution in Baden-Württemberg, die 2011 mit der Wahl von Winfried Kretschmann zum Ministerpräsidenten begann, ist also mehr als ein Strohfeuer. Sie geht in der einstigen CDU-Hochburg weiter.

Zwischen Kuhn und Kretschmann gibt es viele Gemeinsamkeiten. Beide sind Grüne der ersten Stunde, beide nicht mehr ganz jung, beide gehören zum Realo-Flügel. Kuhn, ein studierter Germanist, sitzt seit 20 Jahren im Bundestag, zeitweise war er Parteichef und einem anderen Obergrünen, Joschka Fischer, eng verbunden. «Fischers Fritz» nannten sie ihn darum.

Seinen Sieg in Stuttgart deutet Kuhn als Ausdruck der gesellschaftlichen



Umwälzungen. «Die CDU hat keine Hegemonie mehr im Bürgertum», sagte er gestern. Die Grünen seien tief in dieses Milieu eingedrungen. In der Tat: Porsche und Bioladen, Gottesdienst und Anti-AKW-Demo, Vielflieger-Karte und Minergiehaus - das sind alles keine Widersprüche mehr.

Die Baden-Württemberger Grünen haben nicht gewonnen, weil sie bei der SPD, also im eigenen Lager, gewildert haben. Sie zielten mit ihren Themen und ihren Kandidaten ins konservative Herz der Schwaben. Die örtliche CDU hat ihnen diesen Angriff leicht gemacht. Nach Jahrzehnten schwarzer Vorherrschaft haben viele Bürger genug von Klüngerlei und Machttrunkenheit. Das umstrittene Grossprojekt Stuttgart 21 ist dafür symptomatisch. Die CDU hat das Projekt gegen alle Widerstände durchgedrückt. Die

Grünen stellten dagegen kritische Fragen, unterstützten den Protest und organisierten am Ende eine Abstimmung. Das Volk sagte zwar, anders als erwartet, Ja zum neuen Bahnhof, doch der Urnengang trug eindeutig zur Beruhigung der Situation bei. Die CDU ist seither ausgelagt. Nicht einmal einen eigenen Kandidaten konnten die Christdemokraten mehr aufstellen im Kampf um das Stuttgarter Rathaus. Sie unterstützten einen Parteilosen, der scheiterte.

Die Grünen in Berlin hoffen, dass der Erfolg von Stuttgart über das Ländle hinausstrahlt. Parteichefin Claudia Roth sprach von einem «riesengrossen Signal». Man gehe nun mit Rückenwind in die Bundestagswahl kommenden Herbst. Der Fraktionschef im Bundestag, Jürgen Trittin, pries die Grünen gar als «Alternative zur CDU».

Auf nationaler Ebene freilich wird es für die Ökopartei nicht einfach, den

Erfolg von Kuhn und Kretschmann zu kopieren. So gesetzt wie in Baden-Württemberg sind die Grünen längst nicht überall. Bundesweit steht die Parteibasis deutlich weiter links, und schrille Führungsfiguren wie Parteichefin Claudia Roth taugen bis heute als Bürgerschreck. Auch Jürgen Trittin brandet aus konservativen Kreisen zuweilen Misstrauen entgegen: Er war als junger Mann glühender Kommunist, und seine Wandlung zum gemässigten Politiker nehmen ihm manche schlicht nicht ab.

Den grünen Wahlsieger von Stuttgart ficht das alles nicht an. Fritz Kuhn will nicht die Welt verbessern, sondern das Leben in seiner Stadt. Er träumt von einem Stuttgart, in dem sich Ökonomie, Ökologie und soziales Engagement verbinden. Auf einem seiner Wahlplakate stand nüchtern: «Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben.»

Kolumne **Rudolf Strahm**

## Steuerprivilegien ohne Ende

Bei kantonalen Finanzdirektoren und Steuerspezialisten ist Feuer im Dach. Kaum sind die enormen Folgekosten der Unternehmenssteuerreform II mehr schlecht als recht bewältigt, sind sie mit neuen Sachzwängen konfrontiert, die eine Reform III mit neuen Steuersenkungen für Unternehmen nahelegen. Ein erneuter Steuerschwind wäre die Konsequenz.

Auslöser der Debatte ist der wachsende Druck der EU auf die Schweiz. Seit 2005 fordert Brüssel, dass Holdinggesellschaften keine steuerliche Sonderbehandlung in unserem Land mehr erhalten dürfen. Holdinggesellschaften sind Unternehmen, die über Beteiligungen andere Gesellschaften kontrollieren, zum Beispiel Tochterfirmen in aller Welt.

Der überbordende Steuerföderalismus hat dazu geführt, dass mehrere Kantone ausländischen Holdinggesellschaften ein Steuerschlupfloch anbieten: Die Erträge und Umsätze, die sie im Ausland erwirtschaften, sind steuerbefreit, nur ihre Erträge in der Schweiz werden wie solche einheimischer Unternehmen besteuert.

Diese Sonderbehandlung erlaubt es Konzernen, von der Schweiz aus im EU-Raum steuerfrei zu operieren. Ein Steuerschlupfloch, das eindeutig gegen internationale Steuerregeln verstösst, von der EU als wettbewerbsverfälschende Steuerpiraterie angesehen und nicht länger toleriert wird. Der Bund will dies korrigieren, doch bislang stand der Kantönligeist einer Lösung im Wege.

### Zwei Wege stehen offen

Zur Lösung des Problems gibt es zwei EU-konforme Möglichkeiten: Entweder werden alle ausländischen Holdinggesellschaften in der Schweiz bezüglich Ausländerträge so besteuert wie die einheimischen Firmen. Das wäre das Nächstliegende, doch die Lobbyisten und Steuerschlupfloch-Mechaniker in den Anwaltskanzleien drohen mit Verlegung von Holdingsitzen ins Ausland. Die Alternative ist, dass die Kantone ihre Firmensteuern auch für einheimische Gesellschaften so tief senken, bis keine Ungleichbehandlung mit den Holdings mehr besteht.

Der Kanton Genf will die zweite Lösung wählen. Kürzlich ist er mit der Ankündigung einer Halbierung aller Firmensteuern von circa 24 auf 12 Prozent vorgeprescht. Allein in den vier Zentrumsantonen Basel, Genf, Zürich und Waadt würde eine solche Lösung schätzungsweise zwei Milliarden Franken Steuerausfälle bringen. Diese reichen Kantone fordern nun eine Kompensation für

ihre bevorstehenden Steuerausfälle, entweder durch mehr Bundesgelder oder durch weniger Einzahlungen in den interkantonalen Finanzausgleich, was wiederum zu Ertragsausfällen bei den strukturschwachen und armen Kantonen führen würde. Am Schluss müsste der Mittelstand dafür zahlen.

Am Genfersee verfolgen die Kantone Waadt und Genf seit langem das Geschäftsmodell einer «Monacoisierung» der Wirtschaft mit immer weniger produzierender Industrie und immer mehr Steuerprivilegien und Sonderregelungen für ausländische Superreiche, Oligarchen, Holdinggesellschaften und Briefkastenfirmen.

Das ist der Fluch der bösen Tat: Einmal gewährte Steuerschlupflöcher, Steuerabkommen und Steuerprivilegien lassen sich fast nicht mehr rückgängig machen. Sie zwingen andere Kantone und Länder vielmehr zum Nachziehen. So erleben wir ein «Race to the bottom», einen Wettlauf nach unten, bei den Firmensteuern.

Nach meiner Einschätzung gäbe es eine einfache Lösung auf Bundesebene:

### Der Fluch der Steuerschlupflöcher ist, dass sie sich fast nicht mehr rückgängig machen lassen.

Man überlässt es den Kantonen, ihre Unternehmenssteuern generell zu senken - auf eine Untergrenze von zum Beispiel 15 Prozent. Dafür hebt der Bund seinen Gewinnsteuersatz (von heute 8,5 Prozent) für alle Unternehmen um 3 bis 5 Prozent an und verteilt den Mehrertrag an die Kantone direkt oder nach dem Schlüssel des Finanzausgleichs. Gleichzeitig verlangt der Bund, dass die Lizenzträge aller Holdings besteuert werden, auch dies ein Sonderschlupfloch, das es in der EU nicht gibt. Kurz: eine Gleichbehandlung aller Firmen - dafür eine ertragsneutrale Kompensation durch eine Steuerverschiebung zum Bund.

Gegen diese rationale Lösung in einer Unternehmenssteuerreform III spricht eine Altlast. Alle kennen sie und niemand spricht darüber: Sie besteht in einer Glaubwürdigkeitslücke. Hans-Rudolf Merz hat sie geschaffen. Vor der Volksabstimmung über die Unternehmenssteuerreform II im Februar 2008 erklärte er, damals noch Finanzminister, dem Volk, es gehe um eine geringe steuerliche Entlastung von kleinen Gewerblern, von Metzgern und Coiffeuren. Die Steuerausfälle würden

sich auf nur 86 Millionen Franken beim Bund und 850 Millionen bei den Kantonen summieren. Doch diese Steuerreform mit der steuerbefreiten Kapitalrückzahlung bei Grosskonzernen bringt heute Milliardenausfälle. Insgesamt werden die kumulierten Steuerverluste in den nächsten zehn Jahren bis 30-mal höher sein als vom Bundesrat und von Economiesuisse beziffert. Selbst das Bundesgericht beanstandete im Nachhinein eine Täuschung der Stimmbürger.

### Öffentlichkeit in die Irre geführt

Niemand habe seinerzeit gewusst, wie sich die Steuerreform auswirken würde, wird gern behauptet. Das ist falsch: Die kompetentesten Chefbeamten in der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) hatten Merz intern darauf aufmerksam gemacht, dass das neue Kapitaleinlageprinzip die Steuersystematik krass verletzt. Die Reaktion war, dass das Dossier dem stellvertretenden Direktor Samuel Tanner entzogen wurde, der als Chef der Hauptabteilung Direkte Bundessteuer dafür zuständig war, und an ESTV-Direktor Urs Ursprung übergeben wurde. Dieser ist inzwischen von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf entlassen worden. Interimistischer ESTV-Direktor ist Tanner. Und diesem habe ich das Einverständnis abgerungen, die damaligen Vorgänge publik machen zu dürfen.

Hans-Rudolf Merz hat das Parlament, die Kantone und die Stimmbürger in Kenntnis der Vorbehalte seines Amtes in die Irre geführt. Trotz des Personenwechsels haben das Eidgenössische Finanzdepartement und Economiesuisse, welche die Abstimmung als treibende Kräfte finanzierten, ein Glaubwürdigkeitsproblem: gegenüber den getäuschten Bürgern und Kantonen.

Für die Mittelschicht, welche die Hauptlast der Steuern trägt, ist eine weitere steuerliche Entlastung der Unternehmen ohne Kompensation völlig inakzeptabel. Denn von allen Steuererträgen der öffentlichen Hand (direkten, indirekten und Sondersteuern von Bund, Kantonen und Gemeinden) zahlen die Unternehmen heute nur noch ein Viertel.



### Rudolf Strahm

Der Ex-Preisüberwacher wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit der Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.



Geheimdienstchef, FDP-Politiker, Kirchgemeinderat: Markus Seiler. Foto: Reuters

**Nebenjobs** Geheimdienstchef Seiler kandidiert für den Spiezer Gemeinderat. Das ist nicht verboten. Aber auch nicht klug. Von Hannes Nussbaumer

## Prioritäten, bitte

Das Milizprinzip gehört zum Wesen der Schweiz. Gemeinde-, Kantons- und Bundesparlamentarier politisieren im Nebenamt. Hinzu kommen Tausende von Gemeinderäten, Kirchenpflegern oder Feuerwehrleuten, die sich - meist nur symbolisch entschädigt - freiwillig engagieren. Die Schweiz funktioniert, weil ein Heer von Männern und Frauen bereit ist, neben den Haupt- auch noch Nebenfunktionen auszuüben.

So weit, so löblich. Nun gibt es aber eine klare Hierarchie zwischen Haupt- und Nebenjob. Dies nicht nur, weil Ersterer der Brot-, Letzterer der Freizeitjob ist. Sondern auch, weil der Schweizer klare Prioritäten mag: Es verträgt so viel Nebenengagement, wie es die Haupttätigkeit zulässt. Wer vor lauter Nebenjobs seine Kernaufgabe vernachlässigt, hat das Prinzip nicht begriffen. Schon Halbwüchsigen wird dieses einmassiert: Das abendliche Fussballtraining hat so lange Platz, wie die Schulnoten stimmen. Sacken sie ab, ist es vorbei mit der Nebenkariere auf dem Fussballplatz.

Damit zur Frage, die seit einem Bericht im «Sonntag» zu reden gibt: Setzt Geheimdienstchef Markus Seiler

die Prioritäten richtig, wenn er sich zusätzlich zu seinem Hauptjob auch noch auf die FDP-Liste für die Wahlen in die Gemeindeexekutive von Spiez setzen lässt? Zumal der Wahlkampf nicht Seilers einziger Nebenjob ist: Er ist überdies Vizepräsident der lokalen FDP und Mitglied im Kirchgemeinderat. Zur Entlastung des Kandidaten ist anzuführen, dass er nur als Listenfüller antritt, also ohne reale Wahlambition. Der Aufwand hält sich in Grenzen.

Auch im Fall Seiler gilt: Es verträgt so viel Nebenengagement, wie es die Haupttätigkeit zulässt. Exakt hier liegt das Problem: Als sich Seiler im Juni von der FDP nominieren liess, war es wenige Wochen her, dass ein Mitarbeiter seines Diensts verhaftet worden war. Dieser hatte grosse Mengen geheimer Daten gestohlen. Seiler wusste also bei der Nomination, dass seine Abteilung ein gravierendes Problem hatte und er dort mit seiner ganzen Kraft gebraucht wurde. Wer sich in dieser Situation für einen weiteren Nebenjob zur Verfügung stellt, und sei es auch nur als Listenfüller, der handelt nicht selbstlos, sondern verantwortungslos.